

Kleine Anfrage 7/5429

des Abgeordneten Mühlmann (AfD)

Versammlung am 5. Dezember 2022 in Ilmenau/Gräfinau-Angstedt - erneut nachgefragt

Aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 7/5126 in der Drucksache 7/8867 ergeben sich erneut Nachfragen.

Das Definitionssystem der Politisch motivierten Kriminalität beinhaltet für jeden Phänomenbereich Anhaltspunkte, die erfüllt sein müssen, um eine Straftat einem der Phänomenbereiche zuzuordnen. Für jeden Phänomenbereich werden dabei eigene Anhaltspunkte wörtlich benannt. Erweitert wird diese Zuordnung in den Phänomenbereichen -links- und -rechts- um konkrete Bezüge, die mit dem Wort "insbesondere" eingeleitet werden (vergleiche Drucksache 7/323).

Ich frage die Landesregierung:

Welche einzelnen Anhaltspunkte als Bestandteile der jeweiligen Definition im Definitionssystem der Politisch motivierten Kriminalität (vergleiche Drucksache 7/323) ergeben jeweils aus der Würdigung der Umstände der Straftat nach § 130 Strafgesetzbuch oder der Einstellung der Tatverdächtigen im vorliegenden Fall die vorgenommene Zuordnung zum Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- und mit welcher jeweiligen Handlung wurden diese Anhaltspunkte verwirklicht (dies meint nicht die weitgehend ungenaue und bisher in derartigen Zusammenhängen gegebene Formulierung, dass gemäß Definitionssystem der Politisch motivierten Kriminalität die Umstände der Tat und vorliegende Erkenntnisse zum Täter zur Einstufung führten)?

Mühlmann